

# Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Organ der Sozialdemokratischen Partei  
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.  
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“  
jeden Werktag nachmittag.

Redaktion:  
Halle a. S., Gr. Braunschweigstr. 17  
Fernsprecher 6802  
Sprechstunde täglich von 12-1 1/2 Uhr.

Verlag und Expedition:  
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27  
Fernsprecher 5407  
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 205 Preis: Durch Ausrunder gestellt monatlich 5 Mk., einschließlich Porto für 4 3/4 Mk. Durch Verleger im 1. Vierteljahr 13 1/2 Mk. monatlich 4 1/2 Mk. Einzelheft 2 Pf. Halle, Mittwoch, den 1. September 1920 4. Jahrgang

## Das Sühneverlangen für Breslau.

W.D. Berlin, 31. August. (Drahtnachricht.) Die von der französischen Botschaft überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. d. M. beehre ich mich Em. Excellenz die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beilegung des ersten Zwischenfalles bekanntzugeben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J. ausgetragen hat.

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in Stand gesetzt.
2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden der ihnen etwa durch Verwundung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte und für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.
3. Alle an dem Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlung wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt.
4. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberfalles möglich geworden ist, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält.
5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Vizepräsidenten der Provinz Schlesien und des französischen Konsulartarars wieder eröffnet. Die Plünderung wird gleichzeitig geahndet und bleibt bis 7 Uhr abends. Eine Kompanie Reichsmehr mit Muffel erweist die Ehrenbezeugungen und desilert vor dem Konsulat. Das Programm des Herzogens wird im Einverständnis mit der Botschaft festgesetzt.

Da die Regierung der Ansicht ist, daß die Gewalttaten gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämliche Ursache wie die Beilegung der französischen Botschaft vom 16. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Maßnahmen gegen den Hauptmann von Arnim.

Die Regierung der Republik wünscht, mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Verbrüderung und freundschaftlichen Beziehungen zu unterhalten. Aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre Zivil- und militärischen Vertreter in Deutschland zeigt, daß es gewisse Elemente auf Veranlassung der französischen Regierung gibt, die eine regelmäßige Ausübung einer Bestrafung geradezu erzwängen. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlimmert, wenn die deutsche Regierung nicht durch die deutsche Wehrmacht und nachdrückliche Strafe zeigt, daß sie dem ein Ende setzen will. In diesem Sinne beehre ich mich im Auftrage

meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die Deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind, mit in der Botschaft binnen fünfziger Frist durch Em. Excellenz den Reichsfürstener sein Begehren auspricht und zugleich die Zulage erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderte Genugtuung in vollem Umfange gewährt wird.

Im übrigen behalten sich die Verbündeten Regierungen selbstverständlich vor, die Sühne und Wiedergutmachung zu verlangen, die die Uebergriffe gegen die internationalen Kontrollkommissionen und ihre Mitarbeiter zu erfordern können. Genehmigen Sie Herr Minister die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Charles Laurent.

Schmer hat unter Hand und am meisten das arbeitende Volk unter den Nachwirkungen des Krieges zu leiden. Sie leiden nicht zum mindesten unter dem das namentlich des französischen Volkes. Einem Haß, der nicht nur im Krieg allein seine Begründung hat, sondern der vor dem Krieg schon geschürt worden ist durch die Chauvinisten in Frankreich und in Deutschland. Die deutschen Chauvinisten hatten damals schon nichts Besseres zu tun, als stets das nötige Material durch ihr provozierendes Auftreten zu liefern. So ist es heute auch noch. Nur sind die Folgen davon noch trauriger, noch erbitterter. Schließlich wird das auch direkt damit beendigt.

Das sehen wir wieder im Breslauer Fall: der Entführung des französischen Konsulats. Eine willkommene Menge bringt ein und läßt eine vermorrhene Blut an den Gegenständen aus. Es löst uns nicht wundern, wenn — wie im Berliner Fall des Flaggensraubes — sich neben den Deutschen und Chauvinisten unter dieser Menge auch unabhängig oder kommunistisch orientierte Elemente befinden. Wer prinzipiell Gewalttaten für notwendig anerkennt, der kann keine Anhänger nicht abhalten, nach ihren anempfohlenen Gefühlen zu handeln und solchen Wahnsinn mitzumachen.

Das deutsche Volk beehre wieder die Zehe und die Folgen sind Erweiterung der Klust. Die rechtsstehenden Wähler haben schon häufig ein „Einwilligen“ zu den Forderungen, diese stellen ein Höchstmaß an tiefsten Demütigungen dar, und die „Lagezeit“ spricht von schmachvollen französischen Forderungen. Der „Vol-Anz.“ sagt: Angesichts der ständigen Vergewaltigungen, die sich die Franzosen ungefragt im Osten und Westen des deutschen Vaterlandes strupplos erlauben, wirkt es wie Hohn, daß uns eine solche Reihe von Forderungen übermittelt wird.

Man merkt, wohin die Reihe gehen soll. Es wird höchste Zeit, daß die besonnenen Elemente im Lande aktiver werden.

## Stinnes-Kirdorf.

Die Generalversammlung der Seltentföner Bergwerksaktiengesellschaft vom 17. August brachte der Welt den Kienstrumpf Stinnes-Kirdorf. Man hat es hier mit einer neuen Manifestation des westfälischen Erbes und Eisenkapitals zu tun, mit der der Staat und die Arbeiterklasse zu rechnen haben wird. Die Seltentföner an der Ruhr und an der Elbe haben seit Jahrzehnten den Augen der Fusion erkannt und den Gedanken der Konzentration in wahrhaft muttergültiger Weise verwirklicht. Es braucht nur an das Kohlenliefers in Eisen erinnert zu werden, das die ureigene Schöpfung Geheimrats Kirdorf von der Seltentföner Bergwerksaktiengesellschaft ist. Während die Anwälte des Staates und des Volkes den Problemen in der westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie immer noch befangen gegenüberstehen, hat das Dreigestirn Stinnes-Kirdorf-Boegeler einen Zug getan, der den unerschrockenen Kämpfern an der Ruhr vorläufig die wankende Souveränität neu und stark befestigt hat.

Ob der energische Selbstmord Kirdorf, der es von der Höhe auf zum Herrscher der einflussreichsten Produktion gebracht hat, das Bündnis mit dem immerhin problematischen Stinnes ger eingegangen ist, mag dahin gestellt sein. Er hat es getan und wohl nicht nur aus Gründen, die für Kirdorf mit der Liquidation des Weltkrieges zusammenhängen, sondern auch aus den Notwendigkeiten heraus, die einem Kapitalismus vom reinen Wasser aus der neuen Struktur des Staates und seinen finanziellen Bedürfnissen und der Arbeiterbeere und ihrem Befahren und Beteiligung an der Regelung der Produktion erwachsen. Im Grunde genommen haben wir es in diesem Dreigestirn Kirdorf-Stinnes mit einer Konzentration an primärwirtschaftlicher Grundlage zu tun, die jeder staatlichen Forderung trotzte und sie — darüber wohl man sich klar sein — null und nichtig machen will. Sämtlich liegen die Dinge so, daß Stinnes das treibende Element ist, und Kirdorf mehr der Geschobene war. Kureburg und Seltentföner hängen anfangs mit dem Erzworbenen in den West-Gezeiten zusammen, die infolge des Kriegsausganges abgetrennt werden mußten oder dem wirtschaftlichen Einfluß der deutschen Stahlindustrie entzogen würden. Raum vor einem Jahre verkaufte Seltentföner sein Haben im Diebentofener Bezirk, in Kureburg und selbst das bei Giesecke. Die Vormachtstellung Seltentföners war damit hin, Kirdorf liquidierte die linksrheinischen Besitzungen der Seltentföner Bergwerksaktiengesellschaft. Der stolze Traum eines fähigen und unternehmungs-lustigen Geistes war ausgeräumt. Aus Groß-Seltentföner mit seinen tausendfachen Relationen in Kohlen und Eisen wurde wieder die reine Kohlenzehe, weil das Erz fehlte. Die Verfeinerungsindustrie war für Seltentföner endgültig unterbrochen. Für Stinnes lag die Sache anders. Er konnte sich einige hunderttausend Tonnen Erz für das Jahr bei Uebergabe der liquidierten südwestlichen Werte des Deutsch-Kureburg-Konzerns sichern. Diese konnten einem gemischten Werke um so mehr wesentliche Stütze werden, als diese Erz 30 Jahre lang unter Kureburgs Aufsicht auf Grund einer Vereinbarung des Kaiserlicher Friedensvertrages geliefert werden. Das war mit einer jener Kräfte, die die größte Sonnennähe zwischen Deutsch-Kureburg und der Seltentföner Bergwerksaktiengesellschaft bewirkten. Der Vertrag zwischen beiden Werken ist auf eine Dauer von 30 Jahren geschlossen. Der Großkapitalismus sieht sich also sehr gesund und lebenskräftig.

Die sozialistische Presse hat hier und da diese neue Aktion mit der Bemerkung registriert, daß hier ein Kienstrumpf gegen die Sozialisierung geschaffen worden ist. Dieses Urteil trifft zu. Wenn sich auch der Begriff der Verstaatlichung nicht ganz mit dem der Sozialisierung deckt. Hier scheint wieder Hugo Stinnes der Spiritus rektor zu sein und zwar will sich Stinnes auf eine bürokratische Auffassung der vorliegenden Sozialisierungsprogramme stützen. Diese sehen bekanntlich den Zusammenhang von Großgruppen einzelner Gewerke wie die Industriellen in Kohle, Eisen, Baustoffe usw. Also wird das gemischte Unternehmen gar nicht berührt und Stinnes und Kirdorf haben ja vor allen Dingen gemischte Unternehmen in dem neuen Kienstrumpf wieder erleben lassen. Stinnes laviert mit diesem Argument, wie aus seiner Rede am 17. August in der Generalversammlung der Seltentföner Aktiengesellschaft hervorgeht, in der er u. a. betont, daß eine Trennung der zusammengeflochtenen Unternehmen nur zum schweren Schaden der gesamten Volkswirtschaft vorgenommen werden könnte. Auch Kirdorf ist sich auf gleichen Dingen dabei aus, daß die neue Fusion dem vaterländischen Interesse diene. Auch wenn der Staat, der in Papierwerken erfüllt, antizipiert, wenn sich in privater Hand an gleicher Zeit Milliarden auf Milliarden an Sachwerten häufen. Der Staat kann diesem kapitalistischen Erbes auf 30 Jahre nicht unwillig zusehen, d. h. daß der

## Der Steuerfreiz in Württemberg.

W.D. Stuttgart, 31. August. Die Lage des Generalstreiks hat sich nicht verflüchtigt, aber auch nicht gebessert, vor allem ist es den Streikenden darum zu tun, die Eisenbahnen auf ihre Seite zu bringen, bis jetzt jedoch ergebnislos. Die Generaldirektion der Eisenbahnen hat beauftragt, daß jeder Angestellte, der streikt, sich entlassen betrachten müsse und eine Wiedereinstellung nicht in Frage komme. In verschiedenen Orten des Landes wurden Anschläge gegen die Eisenbahnen verübt, aber noch rechtzeitig vereitelt. Uebrigens macht sich schon eine gewisse Streikmüdigkeit bemerkbar, so daß die Führer zum Ausbleiben auffordern müssen. In Ulm hat eine Abstimmung in sämtlichen Betrieben eine gewaltige Mehrheit gegen den Streik ergeben. In einer Vollversammlung der Betriebsräte von Stuttgart wurde beschlossen, sich dem Steuerabzug zu unterwerfen und die wichtige Zurückziehung der Truppen aus den Betrieben zu verlangen. Die Regierung wird die Volkseier erst dann aus den besetzten Betrieben zurückziehen, wenn die Gewähr vorhanden ist, daß die öffentliche Ruhe nicht mehr gefährdet wird.

## Deutsche Bücher nach Frankreich.

Die Wiederaufbaufrage behandelt auch das deutsche Bibliothekswesen. Deutschland ist verpflichtet, die in den besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens zerstörten Bibliotheken wieder herzustellen. Allein die große Bibliothek von Brüssel, die durch Feuer zerstört wurde, verlangt 800 000 Bände, dazu 1500 Handschriften. Die französische Regierung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ führt, der deutschen Regierung vorgeschlagen, ihr die Bestände der Deutschen Bibliothek in Leipzig, baltender von 1. August 1914, zu überlassen. Alsdann würde Frankreich auf den speziellen Wiederaufbau der einzelnen zerstörten Bibliotheken in Frankreich verzichten. Die französische Regierung ließ sich bei ihrem Wunsch von der Er-

wägung setzen, daß infolge des Krieges die französischen Bibliotheken etwa fünf Jahre nicht in der Lage waren, die neuen Erscheinungen des deutschen Büchermarktes zu erwerben.

Die deutsche Regierung hat es indessen abgelehnt, dem Kompensationsvorstoß Frankreichs Rechnung zu tragen, da die Erfüllung des Bundeses gleichbedeutend mit einer nicht wieder gutzumachenden Schädigung des deutschen Bibliothekswesens sein würde.

## Ergebnis für Dtpreuzen anerkannt?

Unter der Ueberschrift: „Anerkennung der Drgesch für Dtpreuzen“ meldet L. U.:  
In Anwesenheit und unter tätiger Mithilfe Dr. Eichbergs ist soeben in Königsberg eine alle Teile befriedigende Einigung zwischen dem Selbstschutz Dtpreuzen und dem Dberpräsidenten erreicht worden. Der Schutz der Provinz ist durch ihre verfassungsmäßigen Männer in schwerer Zeit sichergestellt. Gleichzeitg ist hierdurch bewiesen, daß auch die maßgebenden Stellen in Dtpreuzen sich davon überzeugen haben, daß Eiserich im Einklang mit seinem bekannten Programm nur dem Wohl des Ganzen dienen will.

Von zukünftiger Stelle wird durch die „P. P. N.“ hierau bekanntgegeben:

Durch die „A.L.“ wird aus Königsberg eine irreführende Notiz veröffentlicht, deren Ueberschrift, darauf hinweist, daß die Drgesch für Dtpreuzen anerkannt worden sei; auch die maßgebenden Stellen in Dtpreuzen hätten sich, so wird behauptet, davon überzeugt, daß „Eiserich im Einklang mit seinem bekannten Programm nur dem Wohl des Ganzen dienen will“. Dene uns auf weitere Auseinandersetzungen mit dieser tendenziösen Notiz einzulassen, stellen wir fest, daß die Drgesch für Dtpreuzen weiter verboten wird.  
Dass dieser Mitteilung ist klar, daß die tendenziöse Drgesch ganz systematisch die Beschwindelung der Dtpreuzen betreibt.



berde und beuillige Antwort erteilt. Jung-  
wetterhände ämmerien ein großes Patentrecht und ver-  
nichten es als Neben der Schande auf einem ge-  
wöhnlichen Hofsohn. Mehr als 100 Jahre liegen die Tage  
grün, da die deutsche akademische Jugend, die Buchhän-  
dler und der Verlagsgewerbe, mit der Verbrennung  
des Schmalzes, der Schriften des Geheimrats Schmalz  
in einen ähnlichen Akt des symbolischen Gerichts der  
Jugend ausübten. Die heutige akademische Jugend ist  
im großen Teil unter die Fakultätsmitglieder gegangen, sie  
verbreitet keine Korporationsidee mehr, sondern möchte sie  
eher einführen, sie trägt Schmalz und Monofel und  
die Schmalzliche Demutausgleichung ist groß in ihr.  
Nicht bei den heutigen Akademikern, sondern in der heu-  
tigen Arbeiterjugend hat der Geist des Abtrünnigen Festes  
seine heimliche Heimat gefunden. Hier wohnt der Geist, der  
das wenigstens Deutschland einmal genesen kann, der  
das vorwärtsstrebende Idealismus, während der  
entsetzliche und aufgelaufene Volkstanz-Gehismus  
ausländische Wunden nur vertieft und entzündet.

### Inland.

#### Erinnerungen an Sedan.

Das Heeresverordnungsblatt veröffentlicht nach-  
folgende Kundgebung des Chefs der Heeresleitung,  
Generalleutnant v. Seekt:

Wir gedenken heute des Tages von Sedan, der  
unseren Väter und Vorgänger vor 50 Jahren,  
der letzten Festbesatzung hier in dieser Zeit der schweren  
Kämpfe. Wir begehen den heutigen Tag, in dem stolzen  
Gedanken, der Vater wert gewesen zu sein, in dem stillen  
Erkenntnis, daß die deutsche Zukunft, in dem besten  
Wohlwollen des Vaters, der einst nach Sedan uns über hundert  
Schicksalstagen des Wehens und Schrens führte, in der  
Vergangenheit und im Volk lebendig zu erhalten.

Vom 6. ist der hundert Schicksalstage sollte man  
in Deutschland, doch nur wirklich genug haben. Auf allen  
Ebenen liegen die Kriegswunden, Millionen Franken  
und Millionen Millionen Franken um die nächste Zu-  
kunft, da das Reich nicht in der Lage ist, ihre Wunden  
zu heilen, in die der Krieg sie durch Verlust ihrer Er-  
löser gebracht hat. In dieser Zeit hält der Chef der  
Heeresleitung es für nötig, ausgerechnet des Sedan-  
tages in amtlicher Kundgebung zu gedenken! Sie haben  
nicht gelernt und schon alles wieder vergessen.

#### Der Finanzminister in Stuttgart.

Stuttgart, 31. Aug. Reichsfinanzminister Dr. Wirth  
wollte am Dienstag auf der Durchreise im Finanz-  
ministerium, um über Organisationsfragen des Landes-  
finanzamtes zu verhandeln. Die Besprechung dauerte  
um 1/2 Stunden und fand mit dem Eisenstreifen in  
seiner Beziehung. Wirth residiert in gleicher Um-  
gebung nach Karlsruhe und Darmstadt weiter.

#### Die Abstimmung der Danziger Eisenarbeiter.

Danzig, 31. August. Bei der Abstimmung der  
Eisenarbeiter stimmten 515 für Wiederaufnahme der  
Arbeit, 265 dagegen. Bei der Abstimmung hat eine Ver-  
ammlung stattgefunden, an der sich gegen 2000 Eisen-  
arbeiter beteiligten.

### Ausland.

#### Die österreichischen Arbeiter und Moskau.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Wien gemeldet:  
Die Arbeitergemeinschaft revolutionärer Sozialdemo-  
kraten, die innerhalb der österreichischen Sozialdemo-  
kratischen organisierte Gruppe der Unzufriedenen, erhielt,  
wie die kommunistische „Rote Fahne“ mittels, als Inter-  
mediär auf ein Begrüßungstelegramm an den Moskauer  
Kongress der Dritten Internationalen, die in der  
über den Wiener, Bauer, Adler u. a. das Mathias an-  
gehörigen und die Gruppe aufgeführt wird, der kommu-  
nistischen Partei als der einzig legitimen Vertretung  
der Weltrevolution in Österreich beurteilt. Die Ar-  
beitergemeinschaft hat sich zu dieser Kundgebung, die seit  
abgelaufenen einem Monat in ihrem Besitz ist, bisher nicht ge-  
äußert.

#### Die Sozialisten Frankreichs und Moskau.

Paris, 31. August. (Sollanischs Bureau.) In  
den letzten erschienenen Nummer des „Bulletin In-  
ternationale“, dem offiziellen Organ der Dritten Internatio-  
nalen für Frankreich, werden die Bedingungen für den  
Anschluß der französischen Sozialistenpartei an die Mos-  
kauer Internationale veröffentlicht. Sie umfassen  
fünf Punkte. Es soll eine geeignete Organisation geschaffen  
werden, deren Aufgabe es ist, die Revolution vorzubereiten.  
Die Sozialisten müssen die Verpflichtung über-  
nehmen, sich in allen Punkten den Grundregeln zu unter-  
werfen, die ihnen von Moskau von der Zentralorganisa-  
tion ausgehen. Die Zentralorganisation ist mit den  
wichtigsten Vorkommnissen ausgestattet. Die Anhänger  
der Dritten Internationale müssen eifernde Disziplin ver-  
trachten. Die Sozialistische Partei muß ihren Namen in  
„Kommunistische Partei“ umändern. Ferner sollen die  
Sozialisten, die sich der Moskauer Internationale an-  
schließen wollen, alle Reformisten „jenseits“, denn  
die kommunistische Internationale habe der ganzen  
sozialistischen Welt und allen sozialdemokratischen Parteien,  
die die Arbeiterklasse vertreten, den Krieg erklärt.

#### Französischer Chauvinismus.

Redt interessante Dinge erzählt man durch einen  
Brief, den die Senatoren des Interesses an einem  
französischen Ministerpräsidenten Welter und gerichtet haben.  
Dieser Brief führt Beschwerde über den Kongress, den die  
Französische Abteilung der Internationale ehemaliger  
Kriegsbeschädigter am 14. 8. 20. in Straßburg veranstaltete.  
Der Brief sagt:  
Diese Kundgebung war auf Anstöße angefündigt,  
die nur in deutscher Sprache an den Mauern der Stadt  
angehängt waren. Ihre Wohnung viele Deutsche  
besucht, während der Kundgebung  
konnte mehrere Stundenlang die rote Fahne auf dem  
Mehrerplatz wehen, ohne daß nur ein Versuch gemacht  
wurde, sie zu entfernen. Selbstständig wurde in öffent-  
licher Versammlung der Krieg von 1914 als anti-  
nationaler Krieg bezeichnet; man beschuldigte Frank-  
reich, Deutschland herausgefordert zu haben; die fran-  
zösische Fahne wurde im Schmutz herumgeworfen; das  
Eisenkreuz und seine Minister wurden verhöhnt;

es wurden bloß Worte der Empfindlichkeit für Deutschland  
geprochen. Die ganze Vergangenheit nationaler  
und republikanischer Größe unseres Departements ist  
beleidigt worden, ohne eine Rede der eingeschrittenen  
Werte, um diese völlig antifranciaische Kundgebung zu  
verbinden.

Die Redehersteller haben die ganze Kundgebung  
sicher durch die chauvinistische Brille angesehen. Es ist  
hissen und drüben genau das gleiche Verhalten der  
patentierten Patrioten, wenn jemand wagt, für Völker-  
verbrüderung und gegen den Krieg zu demonstrieren.

#### Der Bürgermeister von Cork entlassen.

London, 31. August. (Tl.) Der Bürgermeister von  
Cork ist aus dem Gefängnis entlassen worden. Eine  
ganze Reihe von englischen Zeitungen, darunter sonder-  
berühmte sogar die „Times“, beweisen jetzt, daß die  
Verhaftung gerecht, gewesen ist. Die Arbeiterpartei hat  
abermals Lord George in Ungenugung, die Frage der  
Verhaftung zu prüfen. Sollte der Bürgermeister im Ge-  
fängnis sterben, so würde das nur eine neue Verwicklung  
der irischen Frage nach sich ziehen.

New York, 31. August. (Tl.) Dem Bürgermeister  
von Cork wurde folgendes Telegramm gesandt:  
„Empfang die Sympathie und Unterstützung von 400 000  
amerikanischen Bürgern, Freunden der irischen Freiheit.“

### Bemerkungen zur Umgestaltung der Produktion.

Von Max Cohen, Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

Das eine ist fast allen Deutschen klar geworden: nach  
diesem furchterlichen Zusammenbruch der Wirtschaft in Krieg  
und Revolution ist der wirtschaftlich Wiederaufbau in den  
gewohnten Formen und mit den gewohnten Methoden der  
Vorkriegszeit unmöglich geworden. So klar indessen das  
auch von den allermeisten gefühlt wird, so wenig besteht bis  
heute eine Uebereinstimmung mehr über das Wesen noch  
über die Form der neuen Wirtschaft. Im Gegenteil: dar-  
über wird heftig gestritten, und allerdings mehr oder minder  
unvorsichtete Äußerungen und sehr unvorbereitete  
Schlagworte schwärmen durch die deutsche Öffentlichkeit.

Die entscheidenden Reichsstellen haben sich bisher zu alle-  
dem höchst passiv verhalten; sie haben abgewartet und die  
Dinge an sich herantommen lassen, um dann mit mehr oder  
minder geschäftlichen Maßnahmen über die Schwierigkeiten des  
Wachstums hinwegzukommen, bis die nächste Schwierigkeit  
aufsteht. Da würde man schon weiter sehen. Das war  
in der Tat unsere offizielle Wirtschaftspolitik. Kein Plan  
und keine feste Auffassung über die Entwicklung der Dinge  
und kein einziger entschlossener Versuch, ihre Gestaltung durch  
die Schaffung eines festen Fundaments und die Zusammen-  
fassung der vorhandenen Kräfte zu beeinflussen.

Kein Wunder, daß bei einem derart mangelnden Füh-  
rung die Lage immer verworrener und kritischer wurde, die  
großen Massen der Arbeiterklasse aber den radikalen Theo-  
retikern nachließen und deren Prophezeiungen um so williger  
als bare Münze kühnnahmen, je mehr sie den eigenen Wün-  
sch entgegenkamen und die Heilung von allen Gebrechen  
versprachen. Auf diese Weise kam es dazu, daß selbst in dem  
niedrigsten Deutschland die Anhänger einer Diktatur der  
Arbeiterklasse außerordentlich zahlreich geworden sind. Da  
es praktisch mit der deutschen Wirtschaft nicht vorwärts gehen  
wollte und all die vielen Mitle (besonders die der Entzün-  
dung) sich mit Zentnerschwere auf die Gewitter legten, so  
sahnte man denen, die das sagten, daß die Arbeiterkräfte die  
Sache lösen machen würden, wenn sie erst nur einmal die  
Macht und die Mittel der Entscheidung in die Hände be-  
kämen. Klare Vorstellungen über das, was nach Erringung  
der politischen Macht wirtschaftlich-praktisch zu geschehen habe,  
waren damit keineswegs verbunden. Nur das Schlagwort  
der Sozialisierung der Wirtschaft tauchte allenthalben auf  
und bewies die Nichtigkeit des bekannten Verballes über das  
Wort. Das immer zur rechten Zeit sich einstellt, wenn die  
Gewitter seihen. In der Tat, all die vielen, die das Schlag-  
wort der Sozialisierung bei jeder Gelegenheit im Munde  
führen, stellen sich darunter die allerbescheidensten Dinge  
vor, kaum ein einziger aber von ihnen vermag zu sagen,  
was das nach seiner Meinung Sozialisierung sei und wie  
das, was sie ist, praktisch durchgeführt werden kann.

Denn leider kommt es den auf bestimmte politische For-  
men seit Jahrzehnten abgerichteten, wirtschaftlich aber fast  
heute unglückseligere nur sehr wenig geschulten Arbeiter-  
massen viel zu wenig zum Bewußtsein, daß die Umgestaltung  
äußerer politischer Formen auch etwas anderes ist, als die  
Umgestaltung einer Wirtschaftsordnung. Politische Formen  
kann man, das hat auch die deutsche Revolution gezeigt, durch  
einen energischen Willensakt von heute auf morgen von  
Grund auf ändern, wenn die Verhältnisse dazu reif geworden  
sind. Mit der Wirtschaft geht das aber nicht, sie ist etwas  
organisch Gewachsenes und kann nur durch ein organisch  
gewachsenes, auf sich eigener Lebensbedingungen  
herauswachsendes, anknüpfend an den Vorhandenen und im  
langsam Werden, bei dem organisch Stein auf Stein zu-  
sammenngetragen werden muß, umgewandelt werden, wobei  
es am allermeisten vertritt, durch behrliche Maß-  
nahmen von oben herab schematisiert und bürokratisiert zu  
werden. Die Gesetze der Wirtschaft müssen sich aus ihren  
eigenen Lebensbedingungen ergeben. Dies vor allem heißt  
es daher richtig erkennen und ihr die Steine, die im Wege  
liegen, fortzuräumen.

Natürlich liegt dem Schlagwort „Sozialisierung“ ein  
richtiger Gedanke zugrunde, und es ist vollkommen richtig,  
wenn die Arbeiter wünschen, daß nach der großen materiellen  
und geistigen Umwälzung von Krieg und Revolution die  
Produktion nicht mehr zur Erzielung des größtmöglichen  
Privatprofits, sondern des größtmöglichen öffentlichen und  
allgemeinen Nutzens anordnet werden soll. Der öffent-  
liche allgemeine Nutzen ist der Nutzen nicht einiger weniger,  
sondern aller zu einer staatlichen Gemeinschaft gehörigen  
Menschen. Der größte öffentliche Nutzen aber wird erreicht,  
wenn der Bedarf dieser Menschen in Nahrung, Kleidung  
und sonstigen Dingen möglichst umfassendstermaßen zu gedeckt  
werden kann, daß niemand weniger überflüssige Dinge er-  
werben kann, daß niemand weniger überflüssig Dinge er-  
hält, solange es noch irgend jemand an dem überflüssigen Not-  
wendigen fehlt. Gelingt einem abgesehen davon, ob ein Maß-  
stab für diese Verteilung leicht oder schwer gefunden werden  
kann; in jedem Fall erhält aus dem Gelegenen bereits mit  
Deutlichkeit, daß der Anfang jeder praktischen Umgestaltung  
(mag man sie nun benennen, wie man will) in einer außer-  
ordentlichen Erhöhung der Produktion bestehen muß, und  
daß alle Maßnahmen daraufhin geprüft werden müssen, ob  
sie die Produktion zu hemmen oder zu steigern geeignet sind.  
Da muß denn nun festgestellt werden, daß alle bisher be-  
standenen Formen der Sozialisierung (die Kommunistische  
Verfassung, nicht zuletzt die sogenannte Nationalisierung  
in Sowjet-Rußland) keineswegs zur Vermehrung der Pro-

duktion geführt haben. Unter diesem Gesichtspunkt aber  
muß jede Art von Sozialisierung betrachtet werden. Ist sie  
ein Mittel, die Produktion zu erhöhen, d. h. eine große  
Menge von Werten zu schaffen, so darf sie angewandt, ist  
sie es nicht, so muß sie abgelehnt werden.

Wahrscheinlich von der Erzielung einer möglichst starken  
Produktionserhöhung, kommt es natürlich vor allem darauf  
an, was der Produzent in erhöhtem Maße bereitwillig zu be-  
zahlen ist. Es ist klar, daß es sich dabei in erster Linie um die  
unentgeltlichen Gebrauchsgüter der großen Masse der  
Bevölkerung handelt muß. Leicht aber soll man sich die  
Durchführung einer solchen Aufgabe nur ja nicht vorstellen;  
denn das Bedürfnis nach Umgestaltung der Produktion ist  
längst nicht in allen Ländern gleich groß. Bei den im Kriege  
unterlegenen Völkern sind, ganz besonders bei den Arbeitern,  
sehr große Veränderungen vor sich gegangen, die laut und für-  
mäßig nach der Veränderung der Produktionsverhältnisse be-  
dingt sind. Die Veränderung der Produktion nach den neuen  
Grenzen erklären diese Aufgabe um so mehr, als die Ar-  
beitslosigkeit von dem die Rohstoffe liefernden Ausland durch  
Krieg und Kriegselige ins Ungemessene gestiegen ist. Es  
müssen daher bei der Herstellung von Waren diejenigen be-  
sonders berücksichtigt werden, durch deren Abzug ins Aus-  
land die von draußen bezogenen Rohstoffe bezahlt werden  
sönnen. Es zeigt sich also, daß nicht nur das Bedürfnis der  
eigenen Bevölkerung, sondern auch andere Bevölkerung in  
der Weltwirtschaft (vor allem unsere geistigere Abhängig-  
keit von ihr) auf unsere nationale Produktion und deren  
Form von bestimmtem Einfluß haben, und daß nach  
einer weiterer Umgestaltung der Produktion, die von außerordent-  
licher Bedeutung ist und der auch von dem österreichischen  
Sozialisten Otto Bauer in seiner kürzlich erschienenen  
Schrift: „Sozialismus oder Sozialdemokratie“ eingehend  
gewidmet wird. Der Umstand nämlich, daß wir bei unserer  
Verarmung nicht in der Lage sind, den (auch bei größter  
Sparameist) ungenügender geistigen Bedarf an Nahrungs-  
mitteln und Rohstoffen für den Lebensbedarf der gegenwärtig  
gestellten Arbeit zu bezahlen. Die Bezahlung muß daher  
mit noch vorhandenen Werten bezogenen Arbeitslosigkeit  
oder mit einem Anteil auf unsere aufstiege Arbeitsleistung  
bezahlt werden. Wir brauchen daher große ausländische  
Rohstoffe, für die wir hohe Zinsen zu zahlen haben, und außer-  
dem werden wir einen Teil unserer Wertstoffe (Aktien  
deutscher Industrieunternehmen) ausländischen Kapitalisten ver-  
kaufen müssen; teilweise werden auch ausländische Kapital-  
isten eigene Unternehmungen in Deutschland errichten, um  
sich bezahlt zu machen und Privatgewinne zu erzielen. Von  
diesen Vorurteilen nun laßt ein Sachkenner von der Bedeu-  
tung Otto Bauers, daß sie „unermessliche und unentrinn-  
bare Kriegsfolgen“ sein. Da wird man mit Recht die Frage  
aufwerfen können, ob wir all die notwendigen Dinge er-  
halten werden, ob das ausländische Kapital ins Land  
kommen wird, wenn es große wirtschaftliche Umwälzungen zu  
bestreiten hat, die unter Umständen sein Eigentum zu be-  
drohen oder gar zu vernichten vermögen? Daraus ergibt  
sich, daß es bei uns keine Art von Umwälzung geben darf,  
die den einzigen vorhandenen Weg, die für unser Dasein  
unentbehrlichen Rohstoffe und Lebensmittel zu erhalten, ver-  
zerrt könnte. Diese nächste Aufgabe zeigt jedem, daß  
Veränderungen von Produktionsformen nicht nur vom Willen  
der (wenn auch noch so großen) Mehrheit eines Volkes allein,  
sondern auch von einer ganzen Reihe anderer, wirtschaftlich  
sachlicher Faktoren abhängen, die zu übersehen für agita-  
torische Bedürfnisse zwar sehr bequem sein mag, sich aber nicht  
verträgt mit der Gewissenhaftigkeit, die man, wenn man  
führend vorangehen will, den Arbeitern selbst schuldig ist.

Es muß daher in erster Linie das Augenmerk auf das  
Nächstliegende gelenkt werden. Für die Arbeiterkraft be-  
steht dieses Nächstliegende in der Erlangung wirklicher Kennt-  
nisse über die Produktionsvorgänge, die sie dazu befähigen  
werden, eine Kontrolle auszuüben, ohne die ein tatsächlicher  
Einfluß oder nur eine selbständige Leitung der Produktion  
überhaupt nicht denkbar ist. Diese Kenntnisse können die Ar-  
beiter sich zu einem kleinen Teil im Betriebe, besonders aber  
dort aneignen, wo die Produktion und Verwaltung ganzer  
Gewerkschaften überwiegen. Gerade diese letztere ist  
wichtig, weil gerade die allgemeinen Zusammenhänge der  
nationalen sowohl wie der weltwirtschaftlichen Produktion  
eine Rolle spielen und die Kenntnis dieser Zusammenhänge  
unerlässlich ist für eine Klasse, die durch die Umgestaltung  
der Produktionsbedingungen eine andere Gesellschaftsord-  
nung schaffen will. Die deutschen Arbeiter müssen daher da-  
nach streben, daß jedes einzelne Gewerbe territorial zu-  
sammengeschäft und seine Produktion geleitet und geregelt  
wird von paritätisch zusammengesetzten Vertretungen der  
Arbeitnehmer und Arbeiter von den Produktionsstätten. Eine  
solche Zusammenfassung der Gewerbe und ihre Leitung durch  
Selbstverwaltungskörper der Produktion ermöglicht es, den  
einzelnen Arbeitsträften des einzelnen Gewerbes, die Umföhrung  
von Arbeitsträften, die Stillelegung zurückgelehnt und  
die bestmögliche Ausnutzung moderner, technisch am  
besten ausgestatteter Betriebe. Eine solche Zusammenfassung  
würde nicht allein den ersten Schritt zur Hebung der Pro-  
duktion bedeuten, sondern auch die Möglichkeit schaffen, die  
Anfertigung weniger notwendiger Saggüter zurückzustellen  
und das Hauptaugenmerk auf die Herstellung wichtiger  
Typen-Produkte zu legen.

Ohne diese Zusammenfassung und mit der durch sie er-  
reichbaren Ueberlicht ist die von den Arbeitern erzielte Um-  
gestaltung der Produktion nicht denkbar. Es würde endlich  
an der Zeit, daß Regierung und Reichstag, Unternehmer  
und Arbeiter, nicht zuletzt auch der vor kurzem ins Leben  
getretene Reichswirtschaftsrat, alles daran setzten, diese  
Umgestaltung der Produktion allerhöchstenfalls zu berech-  
tigen. Sie wäre die natürliche, aus der Produktion her-  
auswachsende Basis, auf der sich weiterbauen ließe. In  
weschen Formen dieser Weiterbau sich dann praktisch voll-  
ziehen würde, läßt sich im voraus nicht bestimmen. Das  
hängt von einer ganzen Anzahl von Bedingungen ab, von  
denen einige in diesem Aufsätze erwähnt worden sind. Die  
Grundlagen aber für den organischen Aufbau der Pro-  
duktion müssen endlich geschaffen werden; diese Grundlagen kann  
nicht mehr in der jetzt und regellosen Einzelwirtschaft,  
sondern nur in den zusammengeordneten Gewerkschaften  
werden gefunden werden, deren Entwicklungsrichtung, wie  
bereits gesagt, von den Produktionsstätten zu bestimmen ist.  
Nur so läßt sich eine Wirtschaft aufbauen, die den Bedürf-  
nissen einer sozialgerichteten Volkswirtschaft gerecht zu wer-  
den vermag; denn sie besitzt, als Wirtschaftsunterbau, die  
Elemente, die zu einer Sozialisierung führen können, die  
nicht von den Wünschen und Willen der Menschen allein, son-  
dern von dem Gebräde der allgemeinen Entwicklung nicht eines  
einzelnen Landes, sondern der ganzen modernen Welt ab-  
hängt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans E. Schmidt; für den Anzeigen-  
teil: Wilhelm Bräuer, beide in Berlin, Stadt, Wilhelmstr. 23





